



Veranstaltung zum Antikriegstag 2013

Diskussion mit Bundestagsabgeordneten über ein Rüstungsexportverbot

Mittwoch, 4. September 2013, 18:30 bis 21 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim, Hans-Böckler-Str. 1

Teilnehmer:

- Stefan Rebmann MdB (SPD)
- Gerhard Schick MdB (Bündnis 90/Grüne)
- Michael Schlecht MdB (Linke)
- Paul Russmann, Sprecher Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!
- Ulrich Wohland, Moderation

Zweieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl gibt das Friedensplenum Mannheim interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, Mannheimer Bundestagsabgeordneten Fragen zum Waffenhandel zu stellen.

Nie wieder Krieg!

Nie wieder Faschismus!

Hitler-Deutschland hatte am 1. September 1939 Polen überfallen und damit seinen Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug begonnen, der als der Zweite Weltkrieg in die Geschichte eingegangen ist. Die Gewerkschaften haben den 1. September zum Antikriegstag erklärt, um unter dem Motto „Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus!“ die Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Zivile Produktion statt Rüstungsexporte

Der Deutschen Gewerkschaftsbund kritisiert in seinem Aufruf zum Antikriegstag 2013 Rüstungsexporte. Die wesentlichen Aussagen enthält das folgende Zitat:

„Nie wieder Krieg heißt für uns: Zivile Produktion statt Rüstungsexporte. Unsere Grundsatzzposition lautet: keine Rüstungsgüter in Krisengebiete, keine Exporte in Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden. Der DGB ist entschieden dagegen, dass die bisherigen Exportstandards gesenkt oder aufgeweicht werden.“

Das gilt insbesondere für Rüstungslieferungen in den Nahen Osten. Die Aufrüstung von Bürgerkriegsparteien durch einzelne Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verschärft die vielschichtigen Probleme in der Region.“

Veranstalter: Friedensplenum Mannheim; www.frieden-mannheim.de; Friedensplenum.Mannheim@gmx.de
in Zusammenarbeit mit der DGB-Region Nordbaden

Öffentliche Treffen jeden 2. Dienstag im Monat im Friedensbüro, Speyerer Str. 14, MA-Almenhof Bankverbindung:
Sonderkonto Förderverein für Frieden 219541679, Postbank Ludwigshafen, BLZ 545 100 67



Deutsche Waffenexporte: Ursache für Tod und Unterentwicklung

Schon seit vielen Jahren ist Deutschland hinter den USA und Russland drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Auch bei den sogenannten Kleinwaffen, den Massenmordinstrumenten unserer Zeit, gehört Deutschland schon lange zu den weltgrößten Waffenlieferanten. Vor allem durch die Gewehre und Pistolen, die Heckler & Koch legal und illegal an zahlreiche Diktaturen und in Konfliktregionen liefert. Mehr als eine Million Menschen wurden seit Ende des Zweiten Weltkrieges allein mit diesen Waffen getötet.

Auch bei Panzern, Kriegsschiffen und U-Booten gehören deutsche Konzerne wie Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl, EADS oder die Kieler HDW-Werft zu den weltgrößten Exporteuren. Hauptempfänger dieser Waffen, waren in den letzten Jahren vor allem Staaten in der Konfliktregion und Krisenherden, darunter die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Ägypten, Israel, Algerien, Irak, Pakistan, Indien, Südkorea, Malaysia und Singapur. Zusätzlich exportieren Unternehmen aus Deutschland Rüstungsfabriken und verkaufen Lizenzen zur Produktion ihrer Waffen ins Ausland. Zu den lukrativen Kunden der deutschen Rüstungsindustrie gehören auch NATO- und EU-Staaten wie etwa die Türkei und das hoch verschuldeten Griechenland sowie Portugal.

Das Engagement gegen Waffenhandel rettet Menschenleben

Angesichts dieser traurigen Fakten setzt sich das Friedensplenum Mannheim für ein Rüstungsexportverbot ein wie es die Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ fordert.

Fragen an die Bundestagsabgeordneten und ihre Antworten

Selbstverständlich wurden zur Podiumsdiskussion auch die MdB Dr. Birgit Reinemund (FDP) und Herr Prof. Dr. Egon Jüttner (CDU) eingeladen. Leider haben sie aus Termingründen abgesagt und waren auch nicht in der Lage eine Vertretung zu schicken.

Bereits am Antikriegstag 2012 hat das Friedensplenum Mannheim allen fünf Mannheimer Bundestagsabgeordneten Fragen zu Rüstungsexporten gestellt. Vier Abgeordnete haben die Fragen beantwortet und können auf der Internetseite des Friedensplenums www.frieden-mannheim.de nachgelesen werden. Von Frau Dr. Birgit Reinemund (FDP) gibt es keine Antworten, da sie sich auf diesem Gebiet für inkompetent erklärte. Leider verweigerte sich Frau Dr. Reinemund ebenso wie Herr Prof. Dr. Jüttner (CDU) auch einem Gespräch mit dem Friedensplenum über Rüstungsexporte im Gegensatz zu Stefan Rebmann, Gerhard Schick und Michael Schlecht.